

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 3. Februar 1900.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 80 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Luitpoldstraße Nr. 9.

Inhalt: Reichliche und lohnende Aufträge. — Die Kartelle in der Eisenindustrie im Jahre 1899. II. — Zum Arbeiterkongressentwurf. — Unsere Sozialreform. — Die elektrotechnische Industrie in Amerika. — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgem. Kr.- u. St.-K. d. Metallarb.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Rundschau. — Aus anderen Berufen und Organisationsfragen.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Drehern nach Bremen (Werft Weser N.-G.) N., nach Frankenthal (Bettinger u. Walte) M., nach Löwenberg, nach Münster-Gisel (Maschinenfabrik C. F. Kög) D., nach Oggersheim (Paul Schüy); von Fahrradarbeitern nach Köln-Lindenthal (Allright) M.; von Feilenbauern nach Braunschweig, nach Düsseldorf (Wildschütz) Str., nach Furthof (Niederösterreich) Str., nach Landsberg a. Warthe (Stempe) M., nach Rosenheim (Wöglein's Nachf.); von Glashnern (Klempnern), nach Düsseldorf (Wortmann & Elbers) Str., nach Birweiler (Blechmailfabrik N.-G.) N., nach Stuttgart-Cannstatt (Ghnes) F.; von Formern und Gießereiarbeitern nach Altenburg, Köhler Söhne, Str., nach Bremerhaven (Seebek), nach Cannstatt (Grupp), nach Cöthen (Werkzeug- und Maschinenfabrik N.-G.), vorm. Aug. Paschen) N., nach Cöth bei Coswig bei Dresden, nach Cöthbus (Maschinenfabrik v. Welt) M., nach Frankenthal (J. Guthmann) M., nach Höchst a. M. (Breuer u. Co.) Str., nach Mannheim-Neckarau Str., nach Mettmann (Gebr. Burberg), nach München (Heilbronner) Str., nach Radebeul Str., nach Strehla i. S. (Eisenwerk) D.; von Goldschlägern nach Fürtz (Kurz), nach München Str., nach Nürnberg (Nies); von Kupferschmieden nach Bremen (Werft Weser) Str., nach Stuttgart-Cannstatt (Ghnes) F.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Dessau (Deutsche Gasbahn-Ges., Waggonfabrik), nach Hensburg (Janzen u. Goss) Str., nach Frankfurt a. M. (Brown, Boveri u. Co.) M., nach Görtz, nach Meil, nach Straßburg im Elsaß (Metallwarenfabrik Otto Wille & Co.); von Planirern nach Düsseldorf (Wortmann & Elbers); von Schleifern nach Köln-Gülz (Fahrradwerke „Cito“), nach Stuttgart-Cannstatt (Ghnes) F.; von Schlossern nach Frankenthal (Bettinger u. Walte) M., nach Löwenberg, nach Stuttgart-Cannstatt (Ghnes) F.; von Schlossern und Maschinenbauern nach Bremen (Werft Weser, N.-G.) N., nach Gustavsburg-Pohlheim (Maschinenbau-N.-G.) F., nach Löwenberg, nach Münster-Gisel (Maschinenfabrik C. F. Kög) D.; von Schmieden nach Löwenberg; von Radelarbeitern nach Hainichen i. S. (Verlach u. Bernmann) Str.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; N.: Ausperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; St.: Lohn- oder Abford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Reichliche und lohnende Aufträge.

Die Aussichten der Arbeiter auf Beschäftigung im neuen Jahre.

So befriedigend die wirtschaftliche Lage im Allgemeinen am Schlusse des verflohenen Jahres war, so günstig ist sie noch gegenwärtig und nicht weniger günstig sind die Aussichten für ihre fernere Fortdauer. Der Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung soll nicht durch allgemeine Betrachtungen, sondern durch detaillierte Angaben aus den jährlichen Geschäftsberichten der Aktiengesellschaften geleistet werden.

So heißt es im Geschäftsbericht der Wagenbauanstalt und Waggonfabrik für elektrische Bahnen in Hamburg: Die Werke sind auf etwa 3/4 Jahr mit Aufträgen versehen, zu Preisen, die den erheblichen

Mehrkosten entsprechen. Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Bahmeier & Cie. in Frankfurt a. M.: Im laufenden Aufträgen sind zur Zeit doppelt so viel wie im Vorjahre notirt, wodurch das Werk auf lange Zeit gedeckt sei. Die Arbeiterzahl ist um 1/4 höher als am Schlusse des letzten Geschäftsjahres. Wenn der Fabrikneubau fertig geworden ist, was im Laufe des März 1900 zu erwarten sei, würden einige Hundert Arbeiter neu eingestellt werden. Die außerordentlich große Beschäftigung der Fabrik mache noch immer Nachschichten erforderlich (so wurde in der Mitte Dezember stattgefundener Generalversammlung vom Generaldirektor Professor Salomon berichtet). Schnellpressenfabrik Frankenthal: Am 1. Oktober lagen unerledigte Aufträge für 816,350 M vor, zu denen inzwischen weitere 445,000 M hinzugekommen sind. Die Fabrik beging am 25. November ein dreifaches Jubiläum; 40jähriges Bestehen, 10jährige Aktiengesellschaft und Fertigstellung der 5000sten Maschine. Rombacher Hüttenwerke in Rombach. Das neue Geschäftsjahr verspreche bei bisher befriedigendem Verlauf wieder erfreuliche Ergebnisse. Akt.-Ges. Elektrizitätswerke vorm. Kummer in Dresden: Der Geschäftsgang des nunmehr zu Ende gegangenen Betriebsjahres 1899 wird als überaus lebhaft bezeichnet. Die wesentlich erweiterten Werkstätten seien voll beschäftigt gewesen. Zur Zeit habe die Gesellschaft für etwa 15 Millionen Mark Arbeiten und Anlagen in Ausführung, sodas wiederum günstige Ergebnisse zu erwarten seien. Der Bau der 4 Km. langen elektrischen Bahn Niederfedlitz-Leubens-Laubegast, deren Herstellung und Ausrüstung 500,000 M erfordere, sei nahezu beendet. Maschinen- und Armaturenfabrik in Frankenthal: die neue Eisengießerei sei zu drei Fünftel fertig gestellt und dem Betriebe übergeben, so das bereits mit einer gesteigerten Leistungsfähigkeit zu rechnen sei. In der letzten Generalversammlung wurde der Auftragsbestand auf 1,10 Millionen Mark beziffert.

Eisenindustrie zu Mendel-Schwerte, Akt.-Ges. in Schwerte: In der Generalversammlung der Gesellschaft wurde mitgeteilt, das ein großes Quantum an Aufträgen zu guten Preisen gebucht sei, wie sie selten zu verzeichnen waren; für das ganze Geschäftsjahr liegen Aufträge vor. Obgleich das Herbstgeschäft gewohnheitsmäßig schwächer ist, halte in diesem Jahre die Nachfrage unverändert an. Es sei anzunehmen, das wenn nach überstandenen Winter der Bedarf sich noch steigern sollte, was nicht unmöglich sei, derselbe kaum zu befriedigen sein werde. Schalker Gruben- und Hüttenverein in Selsenkirchen: Gegenwärtig sei die Roheisenproduktion der Gesellschaft außer der für die eigene Gießerei benötigten Menge bis 1900 zu recht guten Preisen verschlossen, so das auch für das laufende Jahr ein günstiges Ergebnis zu erwarten steht, wenn keine störenden Verhältnisse eintreten. Vereinigte Niegels- und Schloßfabriken in Belbert: Ueber das neue Geschäftsjahr wird mitgeteilt, das, nachdem das Unternehmen durch die Neuanlagen und Einrichtungen technisch auf der Höhe der Leistungsfähigkeit angelangt sei und die Aufnahme mehrerer geschlich geschützter Artikel guten Verdienst abwerfe, wiederum ein gutes Resultat erhofft werden dürfe. Die Maschinenfabrik „Deutschland“ in Dortmund hatte Ende September für 1,270,000 M Aufträge gebucht, so das für das laufende Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht steht. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt vorm. Luther in Braunschweig hatte Ende Juni einen Auftragsbestand von 4,530,000 M gegen 2,120,000 M in der gleichen Zeit 1898; bis Ende Oktober hatte sich derselbe weiter vermehrt. Durch Neubauten, Aufstellung von neuen Präzisionsmaschinen zc. soll das Unternehmen erheblich erweitert werden. Laurahütte: Die Aufträge stiegen von 18 1/2 Millionen Ende Juni auf 24 1/4 Millionen Mark bis Ende Oktober bei

Durchschnittsverkaufspreisen von 161 M gegen 153 M Ende Juni. Blech- und Emailirwarenfabrik in Kirchweiler (Rheinpfalz): Auch für das neue Geschäftsjahr ist die Gesellschaft zu besseren Preisen mit Aufträgen reichlich versehen. Eisenwerk München Akt.-Ges. vorm. Kiebling in München: Die Gesellschaft trat in das neue Jahr mit einem bedeutenden Bestand von Aufträgen ein; desgleichen die Beschau-Weißagler Maschinenfabrik. Märk. Maschinenb.-Anst. in Wesser a. Rh.: Der Auftragsbestand bei Beginn des neuen Geschäftsjahres sei bedeutend größer als im Vorjahre. Die Preise seien durchweg zufriedenstellend, so das von dem neuen Betriebsjahr ein besseres Resultat als diesmal erwartet werden könne. Gain, Lehmann & Co., Akt.-Ges. in Berlin: Bis 30. November betrug der Auftragsbestand 8,932,000 M (1898: 5,737,000 M), worunter der Bau von Maschinenhallen für die im Jahre 1902 in Düsseldorf stattfindende Industrie- und Kunstausstellung. Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte in München: Im laufenden Jahre zeigt die Geschäftsentwicklung befriedigenden Fortgang, alle Werke sind vollbeschäftigt. Waggonfabrik in Gotha: Am 1. November lagen für 1,27 Millionen Mark Bestellungen vor. Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Sed in Dresden: Die vorliegenden Bestellungen mit weit über 1 1/2 Millionen Mark sichern der Gesellschaft nicht nur für das laufende Geschäftsjahr einen größeren Umsatz, sondern auch weit in's nächste Geschäftsjahr lohnende Beschäftigung. Die Nienburger Eisengießerei trat in das neue Geschäftsjahr mit 162,628 M Aufträgen ein. Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation in Bochum: Die Gesellschaft ist reichlich beschäftigt. Die fortgesetzt günstige Finanzlage und die übernommenen Aufträge lassen bei normaler Geschäftsentwicklung wiederum befriedigende Ergebnisse erwarten. Gebr. Gemmer, Maschinenfabrik Akt.-Ges. in Neidenfels (Pfalz): In das neue Geschäftsjahr wurden 1,052,000 M (1898: 295,000 M) Aufträge übernommen, wozu bis Anfangs November noch weitere 450,000 M hinzugekommen. Damit sei das Unternehmen in Verbindung mit der fortgesetzten Erweiterung seines Abzagebietes auf reichlich 1 1/2 Jahre gedeckt. Düsseldorf Eisenwerk: In das neue Betriebsjahr wurden 627,000 M (Vorjahr 326,000 M) Aufträge herübergenommen. Da die Preissteigerung der Fertigfabrikate erst im laufenden Betriebsjahr zum Ausdruck komme, so könne auf das erhöhte Aktienkapital ein befriedigendes Ergebnis erwartet werden. Westfälisches Stahlwerk in Bochum: Da die Gesellschaft ihre gesammte Stab- und Band-eisenproduktion zu lohnenden Preisen über das laufende Geschäftsjahr hinaus bereits abgeschlossen hat und auch für die übrigen Fabrikationszweige reichliche Aufträge vorliegen, so könne, falls nicht außergewöhnliche Ereignisse eintreten, wieder auf ein befriedigendes Ergebnis gerechnet werden. Phönix, Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Lahr bei Ruhrort: Am 1. November war ein Auftragsbestand von 276,000 T. zu verzeichnen. Die Produktion sei daher theilweise über das Geschäftsjahr hinaus zu befriedigenden Preisen verschlossen. Mannheimer Eisengießerei und Maschinenbau-Akt.-Ges. in Mannheim: Bei Schluß des Geschäftsjahres waren 416,841 M (Vorjahr 326,902 M) Aufträge vorhanden. Gutehoffnungshütte Aktienverein für Bergbau- und Hüttenbetrieb in Oberhausen: Am 1. November lagen 300,600 T. Aufträge vor, eine noch nie erreichte Ziffer. Niedinger, Maschinen- und Bronzewarenfabrik in Augsburg: Im laufenden Geschäftsjahr beträgt die Summe der seit 1. Juli bereits ausgeführten, theils noch vorliegenden Aufträge 4 Millionen Mark.

Weiter berichten von guter Beschäftigung und reichlichen Aufträgen zu guten Preisen: Westfälische Drahtwerke zu Sanaendreer, Akt.-Ges. Witz & Geseit, Tele-

phon-, Telegraphen- und Blitzableiterfabrik in Berlin, Deutsch-amerikanische Maschinenfabrik in Frankfurt a. M., Fabrik isolierter Drähte vorm. Vogel in Berlin, Rothringer Eisenwerke, Schloßfabrik vorm. Schulte in Schlagbaum, Konfolidirte Nebenhütte in Zabrze (Oberschlesien), Maschinenbau-Alt.-Ges. Union in Essen, Zeiger Eisengießerei und Maschinenbau-Alt.-Ges. in Zeitz, Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Hengstenberg & Co. in Bielefeld, Sthrum-Eisenindustrie in Oberhausen, Berliner Maschinenbau-Alt.-Ges. vorm. Schwarzkopff, Georgs-Marien-Bergwerke und Hüttenverein in Osnabrück, Lüneburger Eisenwerk, Alt.-Ges. Emailir- und Metallwaarenfabrik Silesia in Berlin ufw.

Das ist eine ansehnliche Zahl großer Unternehmungen der Metall-, Maschinen- und Eisenindustrie, über deren Geschäftslage und Aussichten vorstehend berichtet wird. Man ist gewiß berechtigt, daraus einen Schluß auf die übrige große Zahl von Aktien- und Einzelunternehmungen der genannten Industrien zu ziehen und zwar den Schluß, daß sich dieselben in der gleichen günstigen Lage befinden, wie die angeführten Geschäfte. Daran folgt dann weiter, daß die Aussichten der Arbeiter auf Beschäftigung im neuen Jahre gute und die Bedingungen für angestrebte Verbesserung der bestehenden Arbeits- und Lohnverhältnisse durchaus günstige sind. Wir hoffen daher auf weitere Fortschritte in dieser Richtung im neuen Jahre.

### Die Kartelle in der Eisen-Industrie im Jahre 1899.

#### II.

Wenn es die Aufgabe der Kartelle und Syndikate ist, nicht nur die Preise festzusetzen, sondern auch die Produktion so zu gestalten, daß das Angebot einer Waare ihrer Nachfrage entspricht, dann haben im abgelaufenen Jahre die hervorragendsten Kartelle in der Eisenindustrie gezeigt, daß sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. Es mag zugegeben werden, daß im vergangenen Jahre der Bedarf an Eisen Dimensionen annahm, die in ihrem vollen Umfange nicht vorauszu- sehen waren. Auch die ungenügende Versorgung der Hütten mit Stoks durch das Stoksyndikat kommt dem Roheisensyndikat als milbender Umstand zu gute. Aber man hätte erwarten können, daß die deutschen Eisenkartelle ihre Produktionsfähigkeit mindestens in dem Grade erhöhten, wie es andere Länder gethan haben. So ergibt gleich ein Vergleich der Roheisenerzeugung in den beiden letzten Jahren ein für Deutschland wenig erfreuliches Bild. Es wurden erzeugt:

	wahrscheinliche Erzeugung	
	1898	1899
	Tonnen	Tonnen
Vereinigte Staaten	11,600,000	20,000,000
England	9,000,000	11,000,000
Deutschland	7,000,000	8,500,000
Rußland	2,000,000	3,500,000
	29,600,000	43,000,000

Man ist es noch nicht einmal wahrscheinlich, daß die Erzeugung Deutschlands im Jahre 1899 wirklich die Summe von 8,5 Millionen erreichen wird. Bis Ende November 1899 waren erst 7,384,231 Tonnen erzeugt, so daß die Zunahme gegen 1898 wahrscheinlich nur 1 Million Tonnen betragen dürfte. In allen anderen Industriezweigen, selbst in Rußland, ist dann die Mehrerzeugung im Jahre 1899 also bedeutend größer als bei uns. Schon daraus ergibt sich die Folgerung, daß die Eisenindustrie in Deutschland sich nicht in gleichem Maße wie in anderen Ländern entwickelt hat. Und verfolgt man das Wirken des Roheisensyndikates im vergangenen Jahre näher, so muß man über die Sorglosigkeit und das geringe Verantwortlichkeitsgefühl flammen, mit denen dieses Kartell der unermess gestiegenen Nachfrage nach Eisen in Deutschland gegenüberstand. Anstatt Maßregeln zu treffen, um die Produktion zu steigern, beschränkt sich das genannte Syndikat auf fortgesetzte Preissteigerungen und Lieferungskürzungen. Es kann dies um so eher, als es vor jeglichem ausländischen Wettbewerb im Jahre 1899 geschützt war.

Gleich zu Anfang des Jahres machte das rheinisch-westfälische Roheisensyndikat bekannt, es sei so mit Aufträgen überhäuft, daß es für die erste Hälfte des Jahres 1899 überhaupt keine Aufträge mehr unterbringen könne. Selbst für das letzte Viertel des Jahres 1899 nahm es Aufträge nur noch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt an, daß die am Syndikat beteiligten Werke zur Lieferung im Stande seien. Schon diese Erklärung wirkte auf die große Menge der Eisenverbraucher überaus bedrückend, da man auch vom Auslande nur noch schwer Eisen bekommen konnte. Aber wie erschreckt war man erst, als schon

im April das Roheisensyndikat mit der Erklärung herauskam, daß es nicht einmal die schon fest übernommenen Aufträge ausführen würde. Das Syndikat kündigte den bezugsberechtigten Werken eine entsprechende Kürzung ihrer Aufträge an. Allein für Puddel- und Stabeisen ergab sich für das dritte und vierte Quartal ein Fehlbetrag von etwa 200,000 Tonnen. Nicht genug aber, daß das Syndikat absolut unfähig war, auch nur einigermaßen dem Bedarf entsprechend die Roheisenerzeugung zu steigern, hat es auch im Laufe des Jahres 1899 nicht die mindeste Anstrengung gemacht, die Produktion irgendwie zu stimulieren, um die Konsumenten im Jahre 1900 für den Ausfall im Jahre 1899 wenigstens in etwa entschädigen zu können. Im Gegentheil, gegen Ende des Jahres 1899 theilte das Syndikat seinen Abnehmern in einem Rundschreiben mit, daß sich die tatsächliche Unmöglichkeit herausstelle, die für das Jahr 1900 vorgemerkten, schon früher reduzierten Mengen Roheisen bei den deutschen Hochofenwerken zur Lieferung unterzubringen, da fast sämtliche Hochofenwerke schon mit ihren Lieferungen pro 1899 ganz erheblich im Rückstande geblieben seien. Aufträge für das erste Halbjahr 1900 wurden nur mit Herabsetzung von 25 Prozent und für das zweite Halbjahr mit Herabsetzung von 50 Prozent angenommen.

Wir hätten vielleicht weniger Anlaß, uns mit der geschäftlichen Haltung des Roheisensyndikates so detaillirt zu befassen, wenn nicht dadurch der Arbeitsmarkt in einer ganz empfindlichen Weise tangirt würde. Wenn für eine Reihe von Industrien, weit über die eigentliche Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie hinaus das erforderliche Rohmaterial für die Produktion nicht geliefert werden kann, dann entstehen Störungen im Arbeitsprozesse, Betriebseinstellungen von kürzerer und längerer Dauer, die Arbeiter werden gezwungen zu feiern und verlieren ihren Verdienst. In der That haben wir im Jahre 1899 in Folge des geschilderten Verhaltens des Roheisensyndikates von zahlreichen Betriebseinschränkungen und Betriebseinstellungen in der Eisenindustrie gehört. Mit am schärfsten wurde z. B. die Kleineisenindustrie betroffen. Die Sorge um die Rohstoffe beherrschte die Lage. Obgleich die meisten Branchen mit Aufträgen reichlich versehen waren, mußten sie doch wegen Mangel an Rohstoffen mit der Lieferung zurückbleiben. Durch die Roheisemuth mußten die Walzwerke still liegen und in unmittelbarer Folge davon feierten die Betriebe der Kleineisenindustrie, obwohl der Bedarf der Werften, Eisenbahnen, Konstruktionswerkstätten in Schrauben, Nieten u. größer war wie in anderen Jahren. Es ist also möglich und durch die Erfahrung des abgelaufenen Jahres bewiesen, daß die Syndikate je nach ihrer Wirksamkeit den Arbeitsmarkt einer oder mehrerer Industriezweige bis zu einem gewissen Grade zu beherrschen vermögen. Von dem Grade der Vorkorglichkeit des Roheisensyndikates hing es ab, ob Zehntausende von Arbeitern eine gewisse Stabilität ihrer Beschäftigungsverhältnisse erhielten oder ob sie in steter Gefahr waren, auf das Pflaster geworfen zu werden. Dieser Gesichtspunkt ist es aber in erster Linie, der die Arbeiter veranlassen muß, mehr noch als es bisher der Fall war, ihre Aufmerksamkeit auf die Kartelle und ihr Wirken zu lenken und zu verlangen, daß dieselben nicht länger dem staatlichen Einflusse entzogen bleiben.

Was hier beim Roheisensyndikat im Jahre 1899 so drastisch zum Ausdruck kam, läßt sich mehr oder weniger auch bei anderen Kartellen nachweisen. So hat z. B. der Halbzugverband nicht viel anders gewirkt wie das Roheisensyndikat, allerdings kommt hier einschubigend in Betracht, daß die Fehler des Roheisensyndikates den Halbzugverband in arge Verlegenheit brachten. Immerhin hätte bei einer gewissen Voraussicht auch der Halbzugverband Maßregeln treffen können, die ärgsten Verlegenheiten zu vermeiden. So lange die Kartelle nur in Preisereufsetzungen ihre Stärke erblicken, haben sie wahrhaftig wenig innere Berechtigung, die doch nur in dem Moment der Produktionsregelung liegen kann. Wie wird es denn werden, wenn wieder ein Rückgang der Konjunktur eintritt? Ist hier das Kartell nicht stark genug, die Produktion der herabgegangenen Nachfrage entsprechend einzuschränken, so werden die Kartellbildungen im Nu über den Haufen geworfen sein. In Bezug auf diese die Produktion regulierende Thätigkeit bleiben die Eisenkartelle noch erheblich hinter der strengen Organisation des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikates zurück.

### Zum Arbeiterschutz-Entwurf. \*)

u. Der sozialdemokratische Arbeitskammerentwurf ist zum Gegenstand einer zwischen den Genossen Rob. Schmidt-Berlin und Abg. Stadthagen im „Correspondenzblatt“ geführten Polemik \*\*) geworden, die sich im Grunde genommen um die Frage dreht, ob die Fraktion für das gesammte Gebiet des Arbeiterschutzes und der Arbeiterfürsorge eine völlige Umgestaltung und Beseitigung der alten Einrichtungen verlangen oder sich mit der Errichtung entwicklungsfähiger Organe als künftiger Träger der gesammten Sozialgesetzgebung begnügen sollte. Der Aufforderung Stadthagen's folgend, wollen auch wir unsere Stellung zu dem Entwurf in Kürze präzisieren.

Der Entwurf sieht die Gründung eines Reichsarbeitsamtes, sowie zahlreicher Arbeitsämter, Arbeitskammern und durch letztere wieder die Errichtung von Arbeitsnachweisen und Einigungsämtern vor. Die bedeutendste Institution ist jedenfalls die Arbeitskammer. Wäre sie lediglich als Ausdruck einer Arbeitervertretung analog den Handels- und Handwerkskammern gedacht oder als Abschluß einer umfassenden Organisation der Arbeiter, so war die Forderung einer reinen Arbeitervertretung am Platze. Als Träger der Arbeitsämter mit deren gewerbepolizeilichen Aufgaben, als Organe der Durchführung des Arbeiterschutzes aber war eine Mitwirkung der von der Thätigkeit derselben betroffenen Unternehmer aus Gerechtigkeits- und Zweckmäßigkeitsgründen nicht zu umgehen. In dieser Hinsicht, wie auch bezüglich der Parität trifft der Fraktionsentwurf das Richtige. Taktisch zu billigen ist auch die Ausschließung der völligen Umgestaltung der Versicherungsorgane, wie der Änderungen des Handelsgesetzbuches, des Berggesetzes, Gewerbegerichts-gesetzes, der Gesindeordnungen, sowie der Aufhebung der Handels- und Handwerkskammern, da alle diese Änderungen und Aufhebungen den Entwurf nicht bloß komplizirter machen, sondern seiner Durchführung geradezu unüberwindliche Hindernisse bereiten würden. Die Angliederung der Arbeiterversicherung z. B. ist ohne Vereinheitlichung derselben zwecklos; auch müssen die künftigen Träger der Arbeiterversicherung zunächst ihre Lebensfähigkeit erwiesen haben. Die Aufhebung der Handels- und Handwerkskammern rief alle bürgerlichen Parteien gegen den Entwurf auf den Plan, und auch eine Änderung des Gewerbegerichts-gesetzes geschieht besser in einem Spezialgesetze. Auch wäre es nicht taktisch, das Schicksal des Entwurfs mit einer Regelung der Gesindeverhältnisse zu verknüpfen. Das Alles kann später und zum Theil an anderer Stelle geschehen, und es kann nur als richtig anerkannt werden, wenn sich der Entwurf im Interesse sofortiger Durchführbarkeit der vorgeschlagenen Organisation auf das Nothwendigste beschränkt. Auch haben wir keinen Anlaß, die praktische Wirksamkeit der Arbeitskammern zu bezweifeln, nachdem die nahezu 10jährige Praxis der paritätischen Gewerbegerichte so günstige Erfahrungen gezeitigt hat. Praktische, d. h. auf das Erreichbare gerichtete Arbeiterschutzvorschläge werden auch in ihnen eine Mehrheit finden, und das Urtheil einer Paritätsvertretung hat doch schließlich ein höheres Gewicht, als das einer einseitigen Interessenvertretung. Den Schwierigkeiten der Begutachtung kann durch die Zulassung von Minderheitsgutachten abgeholfen werden.

Die Erweiterung der Aufgaben der Arbeitskammer wäre nur in einem Punkte erwünscht, in der Zuthellung des Rechts, die ortsüblichen Mindestlöhne für gewöhnliche Arbeiter festzusetzen. Andere Aufgaben, die Errichtung von Volkshäusern, wie die Uebertragung des Gebiets der Arbeitslosen- und Armenfürsorge (Verpflegungsstationen, Arbeitshäuser, Arbeiterkolonien), die Förderung von Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen können später hinzugefügt werden. Nur in einigen wesentlichen Punkten sei der Entwurf kritisch beleuchtet, vor Allem hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Arbeitsämtern und Gewerbeinspektion. Der Entwurf weist den ersteren im Allgemeinen die Aufgaben der höheren Verwaltungsbehörden (§ 7), im Besonderen die Aufsicht über die diesem Gesetz unterstellten Betriebe zu. (§ 6.) Dazu gehören nach § 2 die gewerblichen Betriebe aller Art einmahl. Heimarbeit, Handel, Verkehr, Landwirtschaft, Schifffahrt und Bergbau. Jeder Betrieb solle mindestens einmal jährlich revidirt werden. Da der Entwurf von einer Aufhebung der Gewerbeinspektion nichts enthält und ebensowenig die letztere den Arbeitsämtern unterstellt (siehe § 7), so muß die Schaffung einer neuen Inspektion neben der Fabrikaufsicht und der durch das Handwerker-gesetz vorgesehenen In-

\*) Der Entwurf wurde veröffentlicht in Nr. 50 der „D. M.-Z.“ 1899.

\*\*) Beigl. auch Nr. 2 und 3 der „D. M.-Z.“ 1900

nungskontrolle vermuthet werden, umsomehr, da Stabthagen Details über die Abgrenzung der Befugnisse der Gewerbeinspektion wünscht.

Eine solche Abgrenzung könnte nach verschiedenen Richtungen hin versucht werden, so dadurch, daß man der Fabrikinspektion die Kontrolle der Fabrikbetriebe, den Innungen vorläufig die der Innungsbetriebe überläßt und den Arbeitsämtern das Gros der übrigen Betriebe zuweist. Auch eine Regelung nach bestehenden oder zu schaffenden Verordnungsgebieten (Bäcker-, Konfektions-, sanitärer Arbeiterschutz etc.) könnte ins Auge gefaßt werden. Immer wird man aber bei solcher Zersplitterung auf Unbefriedigung und Unmöglichkeit stoßen, da den Arbeitsämtern dann gerade die Kontrolle derjenigen Betriebe entzogen bliebe, an denen das Gros der Arbeiter das meiste Interesse hat. Eine Abgrenzung in sachlicher Hinsicht, derart, daß die Gewerbeinspektion die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften, das Arbeitsamt die der Verordnungen der Gewerbebehörden kontrolliert, müßte zu Doppelrevisionen führen und würde die ohnehin unzureichenden Kräfte mit unzweckmäßiger Arbeit belasten. Die Abnahme der Kesselrevision war für die Gewerbeaufsicht eine wesentliche Entlastung; die Zweitheilung der Arbeiterschutzüberwachung aber kann nicht gutgeheißen werden. Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder Abgrenzung in dem Sinne, daß entweder nur die Gewerbeaufsichtsbehörden oder nur das Arbeitsamt die Betriebe revidieren, — oder aber eine direkte Verbindung zwischen Arbeitsamt und Gewerbeinspektion. Und das Letztere ist auf jeden Fall das Einfachste und Vortheilhafteste.

(Schluß folgt.)

### Unsere Sozialreform.

Ueber die Sozialreform der deutschen Reichsregierung kam es bei der Verathung über das Reichsamt des Innern im Reichstage zu umfangreichen Debatten, wobei die Vertreter der verschiedensten Parteien sich bemühten, den deutschen Arbeitern einen tiefen Blick in ihr „auch“arbeiterfreundliches Herz thun zu lassen. Es ist ganz gut, daß die Herren Hitze, Möller, Dertel usw. es für gut befinden, ab und zu einmal zu sagen, wie sie sich den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung denken. Der Arbeiter hat dann wenigstens Gelegenheit zu hören, wie diese Herren mit den kleinsten Mitteln am Liebsten nur mit „Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen“ unseren sozialen Schäden abhelfen möchten. Die Abgeordneten der Arbeiterpartei ließen es sich nicht nehmen, die Arbeiterfürsorge der bürgerlichen Parteien in das rechte Licht zu rücken, und die Schäden des heutigen „Arbeiterschutzes“ in ihrer ganzen Nacktheit zu zeigen. Abgeordneter Richard Fischer nahm Gelegenheit an der Hand der Jahresberichte der Gewerbeinspektoren zu zeigen, daß die Thätigkeit dieser Herren keineswegs eine für die Arbeiter günstige sei, sondern in den weitaus meisten Fällen die Interessen der Unternehmer, theils sogar recht nachdrücklich, wahren. Dem Redner war es eine Kleinigkeit, zu zeigen wie weit die sozialpolitische Einsicht der Fabrikinspektoren und ihre Voreingenommenheit gegen die Arbeiterorganisationen geht. Den sächsischen und preussischen Gewerbeinspektoren und deren Thätigkeit schenkte der Redner besondere Aufmerksamkeit. Trotz der kaiserlichen Erlasse, die von der „Gleichberechtigung der Arbeiter“ sprachen, sei von einer unparteiischen Stellungnahme und einer Anerkennung der Gleichberechtigung derselben mit den Unternehmern in den Berichten keine Rede. Eine völlige sozialpolitische Verständnislosigkeit zeigt eine Blüthenlese von Aeußerungen aus den Gewerbeinspektorenberichten. Der Kasseler Bericht spricht von „auswärtigen Ruhestörern“, während in einem anderen Berichte von „bezahlten Agitatoren“ die Rede ist. Ob der Herr Inspektor bei der Abfassung seines Berichtes an Viktor Schweinburg gedacht hat? An diesen famosen Galizier, der Jahre lang für ein fürstliches Gehalt, das ihm die Stumm und Krupp gezahlt haben, die deutschen Arbeiter auf's Schmählteste beschimpfte und vielleicht noch beschimpft? Wenn unsere Gewerbeinspektoren wirklich sozialpolitisches Verständnis besitzen, dann hätten sie längst an geeigneter Stelle dafür sorgen müssen, daß diesem Herrn sein unsauberes Handwerk gelegt worden wäre. Aber man hat das Gegentheil gethan, man hat diesem Galizier die Unterlagen für seine elenden Schimpfereien und Hekereien geliefert und da war eine gründliche Abrechnung, wie der Abgeordnete Fischer dieselbe mit der „verantwortlichen Stelle“ gehalten hat, sehr am Platze.

Ein Bericht spricht von dem „Ungehörjam der Arbeiter“ und der fortwährenden Steigerung der

Lohnansprüche“ und der Fabrikinspektor von Magdeburg spricht gar davon, daß „das Bewußtsein des Unrechts der Arbeiterklasse abhanden gekommen sei.“ Der Halberstädter Inspektor sieht die „Trennlosigkeit“ unter den Arbeitern wachsen. Hält man die Urtheile über die Arbeiter gegen die Beurtheilung der Arbeitgeber, so wird mit Recht gesagt werden können, daß hier ein großer Mangel an Objektivität herrscht. So erklärt der ostpreussische Bericht die Häufigkeit des Kontraktbruchs damit, daß die Arbeitgeber „in ihrer Nothlage“ bei der Annahme neuer Arbeitskräfte nicht besonders streng darauf sehen, daß das Arbeitsverhältniß rechtmäßig gelöst ist.“ Eine Entschuldigung bildet hier „die Nothlage der Arbeitgeber“, während man bei den Arbeitern von einer wachsenden „Trennlosigkeit“ spricht.

Denselben Mangel an Objektivität finden wir in den Berichten, soweit sie sich auf die Stellung und das Recht zur Organisation beziehen. Wenn die Arbeiter vom Unternehmer zum Beispiel die Entlassung eines mißliebigen Vollers verlangen, so bezeichnet das der Inspektor des Mindener Bezirks als „Zwang“. Wenn dagegen die Arbeitgeber von den Arbeitern die Ausstellung eines Reverses verlangen, daß sie aus der Organisation ausgetreten sind, so wird nur von den „Forderungen“ der Arbeitgeber gesprochen. Auch hier also einseitige und gehässige Parteinahme zu Gunsten der Unternehmer: Entschuldigungsgründe, wenn Arbeitgeber in Frage kommen, heftigste Anklagen, wenn es sich um Arbeiter handelt!

Der elsaß-lothringische Fabrikinspektor sagt, die Herabsetzung der Akkordsätze wurde von den Arbeitgebern vorgenommen, um die Arbeiter „vom Blaumachen“ zu kurieren. Eine noch größere „sozialpolitische Einsicht“ befundet der schmalaldische Gewerbeinspektor, der hervorhebt, daß die Bergarbeiter seines Bezirks Gelegenheit zu reichem Nebenverdienst hätten, weil sie bei der dort herrschenden Baukunst nach Beendigung ihrer Schicht als Bauarbeiter thätig sein könnten. Man könnte diesem Fabrikinspektor nur raten, daß er auch zur Hebung seines Verdienstes nach Schluß der Bureaustunden als Maurer thätig ist. Bei solchem Tiefstand sozialpolitischer Einsicht braucht sich dieser Fabrikinspektor nicht zu wundern, wenn die Arbeiter ihm kein Vertrauen entgegenbringen. Von einer Gegend, nach der den Arbeitgebern der Mund wässern muß, weiß ein anderer Inspektor zu berichten, denn er sagt, daß in seinem Bezirke Wohlstand und Zufriedenheit trotz niedriger Löhne herrscht.

Auch über die Arbeiterausschüsse, dieses unglückliche Kind der Regierung, das nicht leben und nicht sterben kann, urtheilen manche Fabrikinspektoren sehr merkwürdig. Einer Reihe von ihnen erscheinen diese Arbeiterausschüsse überflüssig, weil die Unternehmer an sich schon das Wohl der Arbeiter im Auge hatten. Einer spricht davon, daß die Arbeiterausschüsse überflüssig wären, weil sie sich viel mehr mit den Plänen des sozialdemokratischen Zukunftstaates als mit den direkten Angelegenheiten der Arbeiter beschäftigten.

Nun, alle diese Aeußerungen der Fabrikinspektoren sind erklärlich in einer Zeit, wo das Reichsamt des Innern seine Aufgabe darin erblickt, den Anregungen der Scharfmacher zu folgen und die Kämpfe der organisierten Arbeiter durch Zwangsgeetze unmöglich zu machen. Dabei konstatiren alle Berichte, daß dort, wo Lohnerhöhungen von Arbeitern durchgeführt worden sind, dies allein zu danken sei ihrer gewerkschaftlichen Organisation.

Wie steht nun das Reichsamt des Innern den Unternehmern gegenüber? Trotz der überaus günstigen Konjunktur hat die Zahl der Verfehlungen gegen die Bestimmungen zum Schutze der gewerblichen Arbeiter bedeutend zugenommen, aber — von einer Thätigkeit des Reichsamt des Innern, gegen solche gewerkschaftsmäßige Uebertretungen seitens der Arbeitgeber sehen wir nichts. Was also hat der Arbeiter bisher von dem beispiellosen Aufschwung der Industrie gehabt? Eine vermehrte Zahl von Unfällen und Todesfällen auf dem Schlachtfelde der Industrie, aber eine Verbesserung der Lebenslage ist nur in wenigen Bezirken zu konstatiren.

Auf den Erlaß des Herrn von Berlepsch vom 22. Januar 1896, der den Fabrikinspektoren den Verkehr mit den Beschwerdekommisionen der Arbeiter untersagt, kam der Abgeordnete Wurm zu sprechen. Redner wies nach, wie der Arbeiter, der sich mit der Fabrikinspektion direkt in Verbindung setzt, in Gefahr begibt, seine Arbeitsstelle zu verlieren, und daß es daher nur selbstverständlich war, wenn die Arbeiter Beschwerdekommisionen errichteten, die mit dem Fabrikinspektor in ständigen Verkehr traten. Mit Recht wies

der Redner noch auf die überaus geringen Strafen hin, die dem Arbeitgeber auferlegt werden, wenn er gegen die Bestimmungen des gesetzlichen Arbeiterschutzes verstoßen hat und, die keineswegs geeignet sind, das Vertrauen der Arbeiter zum Richterstande zu heben.

Aus der Debatte über das Reichsamt des Innern, die nahezu zwei Sitzungen des Reichstages ausfüllte, haben wir wiederum Gelegenheit gehabt zu entnehmen, was uns noch zu thun bleibt, damit seitens der Reichsregierung dem Arbeiter dasselbe Entgegenkommen gezeigt wird, wie dem Unternehmer. Haben wir diese Erkenntnis gewonnen, dann ist es aber Pflicht aller unserer Berufsgenossen in der Metallindustrie, dafür zu sorgen, daß dem Verbands immer und immer neue Kämpfer zugeführt werden.

### Die elektrotechnische Industrie in Amerika.

Herr Kommerzienrath L. Loewe von der Union-Elektrizitätsgesellschaft in Berlin, der als Delegirter des Berliner Elektrotechniker-Vereins der Eröffnung des Handelskongresses in Philadelphia beiwohnte, hat einem Berichterstatter des „B. Z.“ über die Eindrücke, die er in der elektrotechnischen Industrie Amerikas empfangen hat, Mittheilung gemacht. Bei dem Besuche der großen Fabrikationszentren war er von dem Verlangen geleitet, sich Gewißheit darüber zu schaffen, ob die vielfach in Deutschland verbreitete Meinung, die elektrische Industrie habe den Gipfelpunkt ihrer Entwicklung erreicht, zutreffend ist. Er konnte nun beobachten, daß die Amerikaner den Europäern in der Anwendung der Elektrizität in allen Zweigen der Fabrikation und zum Ersatz für Menschenkräfte in geradezu staunenswerther Weise überlegen sind. Ganz besonders tritt dies bei Pencoid, den Carnegiwerken und den Illinois-Steel-Works in die Erscheinung. Es bietet sich dabei aber gerade der Elektrizität ein weites Arbeitsfeld, weil sie sich wie keine andere Kraft den besonderen Bedürfnissen anpassen läßt.

Hand in Hand mit den Ansprüchen, die an diese Industrie gestellt werden, geht aber auch die Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit, das Bestreben der Elektrotechniker, die Naturkräfte nach Möglichkeit für die Erzeugung elektrischer Energie dienstbar zu machen.

Am Staunenswerthesten ist die Ausnutzung der Niagarafälle für elektrische Zwecke. Dort hat sich ein Fabrikbetrieb entwickelt, der Bewunderung vor der Schöpferkraft des menschlichen Geistes erregen muß. Man zieht bisher aus den Fällen ca. 100,000 P.S. Zu beiden Seiten des Niagara ist eine förmliche Fabrikstadt entstanden, in der nicht nur die Erzeugung von Elektrizität für Licht, sondern auch von Kraft für die in der Nähe etablirten Fabriken von Starbid, Cellulose, Papier, Karborundum und besonders für Abgabe von Licht und Kraft nach der Stadt Buffalo betrieben wird. Und doch befindet sich die Ausnutzung der Kräfte des Niagaraalles erst im ersten Entwicklungsstadium. Die gesammte Kraft, die er abgeben könnte, wird auf etwa 2,000,000 P.S. geschätzt.

Eine starke Stütze hat die elektrische Industrie in Amerika in dem elektrischen Trambahn- und Eisenbahnwesen, hinter dessen Entwicklung die betreffenden europäischen Verhältnisse weit zurückstehen. Die Station der Metropolitan-Railway in New-York macht selbst auf den Sachmann einen gewaltigen Eindruck. Es arbeiten auf ihr bis jetzt drei Maschinen von je 15,000 P.S.; in nächster Zeit sollen zwei weitere dergleichen Maschinen aufgestellt werden, sodas alsdann im Ganzen 75,000 P.S. daselbst arbeiten würden. Der Strom wird mit 6600 Volt erzeugt und zur Verwendung bei der elektrischen Straßenbahn auf 500 Volt reduziert. Aehnlich liegen die Verhältnisse in den übrigen großen amerikanischen Städten. Die Leistungen der Trambahnen sind so außerordentliche, daß sie alle anderen Beförderungsmittel für den Personenverkehr entbehrllich machen. Der Trambverkehr vollzieht sich nicht nur in kurzen Zwischenräumen, sondern auch mit einer solchen Geschwindigkeit, daß jedes Bedürfnis nach Omnibus- und Droschkenwesen in den großen Städten wie Newyork, Boston, Philadelphia, Washington, Chicago, Cincinnati, Pittsburg, Hartford, Providence und ähnlichen Zentren des Fabrikwesens geschwunden ist. Eine gewisse Rolle spielt hierbei allerdings der Umstand, daß sich der Trambahnverkehr des größten Entgegenkommens seitens der Kommunen erfreut, die durchweg 99jährige Ponzessionen erhalten. Auch von Seiten der Polizei wird der Bewegungsfreiheit des Trambahnverkehrs soweit wie möglich Rechnung getragen. Es ist den Wagen schnelles Fahren und die Zulassung von soviel Personen zur Beförderung, wie die Wagen irgendwie fassen können, gestattet; auch sind sie nicht an einen bestimmten Fahrplan gebunden. Dem Bedürfnisse entsprechend sind die Wagen der Straßenbahn bedeutend breiter gebaut als









